

II-6403 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 31831J

1992-06-26

A N F R A G E

der Abgeordneten Burgstaller
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Rationalisierungsmaßnahmen bei der Voest-Alpine
Stahl AG

Nach einem Bericht des Standard in der Wochenendausgabe vom 6./7./8. Juni 1992 hat sich der Vorstandsvorsitzende der Voest-Alpine Stahl AG anlässlich der Präsentation des Geschäftsergebnisses für das Jahr 1991 dahingehend geäußert, daß der Voest-Alpine Stahl AG während des Bundespräsidentenwahlkampfes "Bremsen" von außen bei Rationalisierungsmaßnahmen angelegt worden sind.

Wörtlich schreibt der Standard: "Die Voest-Stahl-Gruppe werde, nachdem durch den Bundespräsidentenwahlkampf "Bremsen" von außen angelegt wurden, jetzt ergebnisverbessernde und kostensenkende Maßnahmen realisieren. Dies betrifft die Ausgliederungen von Grobblech, Versand sowie Schmiede und Gießerei." Diese Aussagen von Vorstandsdirektor Dr. Bogdandy beweisen, daß die vielbeschworene Entpolitisierung in der Verstaatlichten Industrie kaum mehr als eine Beruhigungspille für die Öffentlichkeit ist, während in der Praxis nach wie vor über die aktienrechtlich verantwortlichen Organe hinweg politischer Druck und Einfluß auf die Betriebe der Verstaatlichten Industrie ausgeübt wird. Weiters erhebt sich die Frage, inwieweit nicht Vorstandsdirektor Bogdandy selbst, der diesen politischen Einfluß bestätigt, seiner aktienrechtlichen Verantwortlichkeit als Geschäftsführer nur unzureichend nachgekommen ist, wenn er offensichtlich notwendige Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund äußeren politischen Einflusses und ohne Deckung durch Entscheidungen der zuständigen Organe aufgeschoben hat und so offensichtlich zum Nachteil der Voest-Alpine Stahl AG gehandelt

- 2 -

hat. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Welche "Bremsen", von denen der Vorstandsvorsitzende der Voest-Alpine Stahl AG spricht, wurden dem Unternehmen während des Bundespräsidentchaftswahlkampfes angelegt?
2. Welche konkreten ergebnisverbessernden und kostensenkenden Maßnahmen konnten aufgrund dieser "Bremsen" bisher nicht realisiert werden?
3. Hat Vorstandsvorsitzender Dr. Bogdandy den zuständigen Aufsichtsrat darüber informiert, daß durch politische Einflußnahme ergebnisverbessernde und kostensenkende Maßnahmen nicht realisiert werden können?
4. Wenn ja, welche Entscheidung hat der Aufsichtsrat getroffen?
5. Wenn nein zu Frage 3, hat Vorstandsvorsitzender Dr. Bogdandy nach Ihrer Auffassung seine sich aus dem Aktienrecht ergebenden Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen und dem Aufsichtsrat in vollem Umfang erfüllt?
6. Wenn nein zu Frage 5, welche Maßnahmen werden Sie als Eigentümervertreter ergreifen?
7. Wer hat konkret während des Bundespräsidentchaftswahlkampfes Einfluß darauf genommen, daß notwendige Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Voest-Alpine Stahl AG nicht in Angriff genommen werden konnten?